

- **Sächsischer Mittelstandsbericht**
- **Ältere Arbeitnehmer**
- **Reformen am Arbeitsmarkt**
- **Deutsche Investoren in Tschechien**

AKTUELLES THEMA

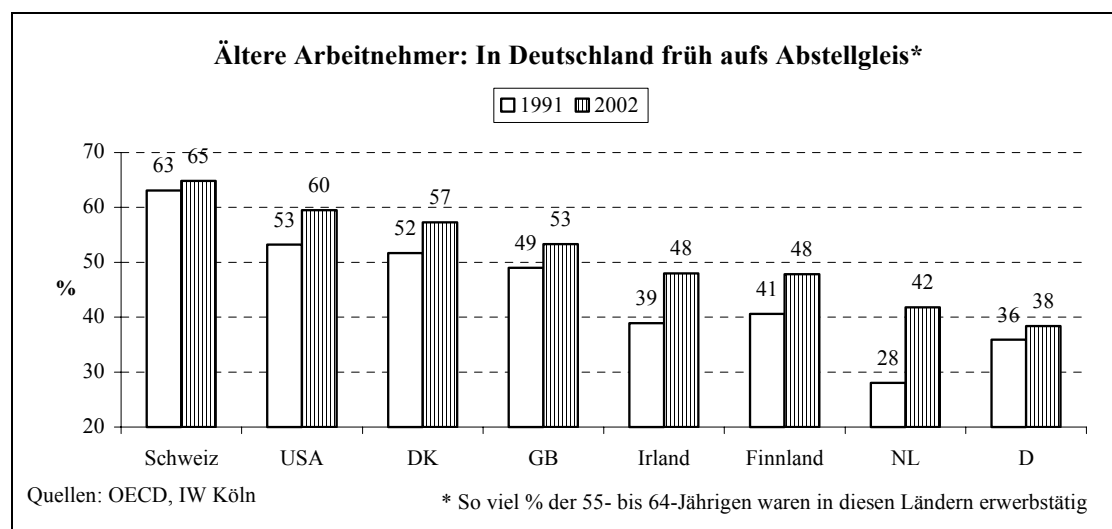
Sächsischer Mittelstandsbericht zeigt weiteren Entwicklungsbedarf

Am 23.09.03 wurde der erste sächsische Mittelstandsbericht vorgestellt. Primär wird darin die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen und die Bedeutung des Mittelstandes aufgezeigt. Es wird gezeigt, dass Sachsen noch nicht die etablierten Wirtschaftsstrukturen wie in den alten Bundesländern hat und mittelständische Unternehmen deshalb befähigt werden müssen, weiteres Wachstum zu generieren.

Der Mittelstandsbericht gibt unter dem Kapitel "Wo der Schuh drückt ..." Empfehlungen an die Sächsische Staatsregierung, wo weiterer Entwicklungsbedarf für die Mittelstandspolitik liegt. Es wird betont, dass es "Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Informationsbereitstellung und Kommunikation zwischen Regierung, Landesparlament und mittelstandsrelevanten Akteuren" gibt. Es wird empfohlen, die Wachstums- und Entwicklungsförderung von Unternehmen ins Zentrum der Aktivitäten zu stellen. Im Mittelstandsbericht heißt es, dass "dem Förderschwerpunkt Vermarktung, von der Außenwirtschaftsberatung über Vertriebskooperationen und PR-Strategien bis hin zur Finanzierung von Vertriebsmaßnahmen, eine weitaus höhere Bedeutung zukommt, als dies in der heutigen Ausrichtung der Förderpolitik erkennbar ist."

Der Mittelstandsbericht kann unter www.smwa.sachsen.de abgerufen werden.

WIRTSCHAFTSBAROMETER



Hauptgeschäftsstelle
Washingtonstr. 16/16 A
01139 Dresden
Tel./Fax: (03 51) 2 55 93-0/-78

Geschäftsstelle Chemnitz
Neefestr. 88
09116 Chemnitz
Tel./Fax: (03 71) 3 69 39-0/-29

Geschäftsstelle Dresden
Washingtonstr. 16/16 A
01139 Dresden
Tel./Fax: (03 51) 2 55 93-14/-44

Geschäftsstelle Leipzig
Arno-Nitzsche-Str. 43-45,
04277 Leipzig
Tel./Fax: (03 41) 86 65-5 51/-3 89

ARBEITSRECHT

Reformen am Arbeitsmarkt

Der Bundestag beschloss am 26.09.03 Veränderungen im Arbeits- und Sozialrecht. Die Reformen sollen am 01.01.04 in Kraft treten. Für die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wird es eine Übergangsfrist bis 2006 geben.

Wesentliche Änderungen sind:

- Kündigungsschutz

Der Gesetzentwurf sieht vor, den Geltungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes (er gilt für Betriebe mit mehr als fünf Arbeitnehmern) flexibel zu gestalten, um in kleinen Unternehmen mehr Beschäftigung zu fördern. Zusätzlich können nun 5 - vollzeitbeschäftigte - Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen eingestellt werden, ohne dass dies auf den Schwellenwert angerechnet wird.

- Sozialauswahl und einheitliche Klagefrist

Die bei notwendigen Kündigungen erforderliche Sozialauswahl wird auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter, die Unterhaltspflichten des Arbeitnehmers sowie Schwerbehinderung beschränkt, ohne Leistungsträger mit einbeziehen zu müssen. Für die Geltendmachung aller Unwirksamkeitsgründe wird eine einheitliche Klagefrist von drei Wochen eingeführt.

- Befristete Beschäftigung

In den ersten vier Jahren nach Unternehmensgründung können befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Befristungsgrund bis zur Dauer von vier Jahren abgeschlossen werden, u. a. um Existenzgründern die Entscheidung für Einstellungen zu erleichtern.

- Arbeitslosengeld

In der Arbeitslosenversicherung wird die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld grundsätzlich auf 12 Monate, für Arbeitnehmer ab dem 55. Lebensjahr auf höchstens 18 Monate begrenzt werden. Durch eine Übergangsregelung gilt dies für über 55-Jährige erst ab 2006.

SONSTIGES

Deutsche Investoren in Tschechien - Umfrageergebnisse

Die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer hat im Frühjahr 2003 eine Stimmungsumfrage unter deutschen Investoren in Tschechien durchgeführt. An der Umfrage haben 183 Unternehmen teilgenommen. 59 % der Befragten bewerten die gegenwärtige Geschäftslage als gut; 98 % würden ihre Investitionen in Tschechien wiederholen.

Hauptgründe für das Engagement in Tschechien waren das Lohnniveau (39 %), die Qualifikation der Arbeitnehmer (30 %) und die eigene Präsenz vor Ort (26 %). Die Verfügbarkeit von Fachkräften ist laut Umfrage nur "ausreichend". Hauptprobleme bei Investitionen in Tschechien sind die mangelnde Rechtssicherheit (33 %), der fehlende Gläubigerschutz (26 %) und der Schutz vor Korruption (20 %).